



# #dieschmidt

der newsletter

26.03.2021

Liebe Genossinnen und Genossen,  
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

in der vergangenen Woche haben wir im Parteivorstand unser Zukunftsprogramm für die Bundestagswahl 2021 auf den Weg gebracht. Für uns ist klar: Die Herausforderungen der Zeit, sei es die Bewältigung der Corona-Pandemie, die Bekämpfung des Klimawandels oder die Mobilitätswende, brauchen eine starke SPD. Wir sind nicht die Partei derjenigen, die sich für etwas Besseres halten. Wir wollen eine Gesellschaft, die auf dem Respekt vor allen Mitmenschen beruht. [Das Zukunftsprogramm gibt es hier](#). Der Bundesparteitag wird Anfang Mai über das endgültige Programm entscheiden.

Ob Maskendeals oder zwielfichtige Unterstützung von undemokratischen Regimen oder Organisationen, die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass es in der Union ein großes Problem mit Korruption gibt. Für mich ist es eine große Ehre als Bundestagsabgeordnete an Gesetzen mitzuwirken, im Bundestag zu reden, die Interessen meines Wahlkreises zu vertreten und die Welt sozialer und demokratischer zu machen. **Deshalb ist für mich auch selbstverständlich, dass dies meine einzige Tätigkeit ist.** Ich übe weder Nebentätigkeiten aus, noch habe ich Beteiligungen an anderen Stellen. In jeder Partei kann es schwarze Schafe geben, entscheidend ist, ob die Partei schärferen Gesetzen zur Korruptionsbekämpfung und für mehr Transparenz zustimmt.

Mit dem Lobbyregister haben wir in dieser Woche einen wichtigen Punkt zu einer besseren Transparenz auf den Weg gebracht. Justizministerin Christine Lambrecht hat zudem noch einen „exekutiven Fußabdruck“ gefordert, durch den auch Ministerien veröffentlichen müssten, welche Lobbyverbände bei Gesetzgebungsprozessen mitwirken – Leider hat das Kanzleramt diese am Ende verhindert. Wir brauchen aber auch dringend eine Neuregelung der Veröffentlichungspflichten von Nebeneinkünften. Wir werden deshalb noch in dieser Legislatur einen Gesetzentwurf vorlegen, der weitergehend sein wird als der Antrag der Linken den wir heute deshalb abgelehnt haben. Wir fordern, dass Einkünfte künftig ab 1000€ pro Monat oder 3000€ im Jahr auf den Cent genau veröffentlicht werden. Auch Aktienoptionen müssen in Zukunft veröffentlicht werden, unabhängig von der Höhe. [\(Hier geht es zu meiner Position\)](#)

Denkbar knapp, hat es Manfred Wagner verpasst im ersten Wahlgang zur Oberbürgermeisterwahl in Wetzlar zu gewinnen. Deshalb sind übermorgen noch einmal alle Wählerinnen und Wähler aufgerufen zur Wahl zu gehen. Ich bitte alle darum, nochmal Nachbarinnen und Nachbarn, die eigene Familie oder Freundinnen und Freunde an die Stichwahl zu erinnern. Zum Abschluss wünsche ich allen Gesundheit und ein frohes und gesegnetes Osterfest, was leider auch dieses Jahr im Zeichen der Pandemie und der Hygieneregeln steht.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt, MdB



## Für Entwicklungszusammenarbeit im Bereich der Bildung



Nicht nur in Deutschland ist der Fachkräftemangel eine große Herausforderung. In vielen von unseren Partnerländern gibt es eine hohe Jugendarbeitslosigkeit, die vor allem aufgrund von mangelhaften Bildungsangeboten verstärkt wird. In den Schlüsselsektoren werden anders als in der dualen Berufsausbildung in Deutschland nur selten die Unternehmen mit in das Bildungssystem einbezogen. Wir haben deshalb in dieser Woche beschlossen, dass wir die berufliche Bildung in den Mittelpunkt unserer internationalen Bildungszusammenarbeit stellen. Basis dafür ist eine solide schulische Bildung, die allen Menschen gleichberechtigt zur Verfügung steht. Für uns ist klar: junge Frauen und Männer müssen vor Ort eine Perspektive haben, damit sie eine nachhaltige und gute wirtschaftliche Entwicklung in unseren Partnerländern vorantreiben.

## Für mehr Rechte für Verbraucherinnen und Verbrauchern



Beim Kauf von digitalen Inhalten oder technischen Endgeräten, wie beispielsweise Tablets oder Smartphones, gibt es immer die Gefahr, dass diese aufgrund des schnellen technologischen Wandels, schon nach kurzer Zeit wieder veraltet sind. Wir haben deshalb die Umsetzung einer EU-Richtlinie auf den Weg gebracht, die dafür sorgen soll, dass Geräte dauerhaft funktionstüchtig bleiben. Hierzu wollen wir Herstellerinnen und Hersteller verpflichten, Updates langfristig bereitzustellen. Zugleich stärken wir die Gewährleistungsrechte von Verbraucherinnen und Verbrauchern. In Zukunft muss auch ein Jahr nach einem Kauf davon ausgegangen werden, dass ein Mangel schon zum Zeitpunkt des Kaufes vorgelegen hat. Damit vereinheitlichen wir Gewährleistungsrechte in Europa und schützen alle vor nervigen Auseinandersetzungen mit Herstellerinnen und Herstellern.

## Für bessere Teilhabe von Menschen mit Behinderung



Eine inklusive Gesellschaft ist unser Ziel. Wir wollen, dass allen Menschen, egal ob mit oder ohne Behinderung, die bestmögliche Teilhabe in allen Bereichen ermöglicht wird. Viele Menschen mit Behinderung stehen häufig vor großen Herausforderungen. Wir haben in dieser Woche in erster Lesung einen Gesetzentwurf beraten, der viele Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen bündelt und ihre Teilhabe und die Chancengerechtigkeit stärken soll. Zum einen haben in Zukunft Assistenzhunde Zutritt zu öffentlichen und privaten Räumlichkeiten. Zum anderen verpflichten wir die Trägerinnen und Träger von Wohn- und Arbeitseinrichtungen insbesondere Frauen vor Gewalt zu schützen, denn Menschen mit Behinderung sind immer noch einem höheren Risiko von Gewalt ausgesetzt. Zusätzlich unterstützen wir Menschen, die in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung arbeiten dabei, eine reguläre Ausbildung aufzunehmen, damit sie anschließend die Chance haben eine Stelle auf dem ersten Arbeitsmarkt zu finden.

## Für echte Gleichstellung

Vorstände, wenn Unternehmen freiwillig für **mehr Frauen in Führungspositionen** sorgen:



**SPD**  
Fraktion im  
Bundestag

Bereiche unserer Gesellschaft zu betrachten.

Egal ob im Bereich des Lohns, der Aufteilung von Erziehungsarbeit oder Aufstiegschancen, Frauen sind in unserer Gesellschaft immer noch in allen Bereichen von struktureller Benachteiligung betroffen. Diese Woche haben wir deshalb die „Bundesstiftung Gleichstellung“ auf den Weg gebracht. Durch die Stiftung soll die Gleichstellung von Frauen und Männern in Politik, Wirtschaft oder auch der Wissenschaft, wissenschaftlich aufgearbeitet werden. Zudem soll die Stiftung die Bundesregierung in Gleichstellungsfragen beraten und eine gemeinsame Strategie für mehr Gleichstellung entwickeln. Hierzu sollen vor allem Verbände, Initiativen oder auch Kommunen mit eingebunden werden, um alle

## Für gute Zusammenarbeit trotz Brexit



Der Brexit ist seit längerem vollzogen, dennoch gibt es immer noch Bereiche, in denen wir Regelungen gesetzlich umsetzen müssen. Seitdem Volksentscheid ist der Anteil der deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger, die in Großbritannien leben, kontinuierlich gesunken. Das ist schade, weil gerade die Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes ein Kern unserer europäischen Identität ist. Wir haben hierzu in dieser Woche ein Gesetz beschlossen: Wir wollen, dass die Regelungen zur Entsendung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern beibehalten werden. Gemeinsam werden wir uns auf allen Ebenen für einen starken Austausch und eine gute Zusammenarbeit mit Großbritannien einsetzen. [\(Hier geht es zur meiner Pressemitteilung der Fraktion\)](#)